

Alexander Trunk, Ari-Matti Nuutila und Vytautas Nekrošius (Hgg.): *Schiedsgerichtsbarkeit und andere Formen alternativer Streitbeilegung. Erfahrungen und Tendenzen im Ostseeraum*. Berlin: Berliner Wissenschafts-Verlag 2006, 162 S.

Die politischen Veränderungen im östlichen Teil des Ostseeraums, das Ende des Kalten Krieges und die dadurch vertiefte Integration Europas, der Europäische Binnenmarkt und die Wirtschafts- und Währungsunion stellen nicht nur eine politische Herausforderung dar, sondern bringen auch die Chance für den Ausbau der bereits bestehenden Handelsbeziehungen mit sich. Die Handelsbeziehungen haben die nationalen, internationalen und gemeinschaftsrechtlichen Rechtsgrundlagen zu berücksichtigen. Damit einher geht die Frage der Konfliktlösung. Im Ostseeraum gibt es hierfür keine Rechtseinheitlichkeit, sondern es werden drei Rechtskulturen vertreten: der deutsche Rechtskreis durch Deutschland, der nordische Rechtskreis durch die nordischen Staaten und der (vorübergehende) Rechtskreis der transitorischen Rechtssysteme durch die Reformstaaten. Die Schiedsgerichtsbarkeit als eine Alternative zur staatlichen Gerichtsbarkeit ist eine sehr alte Form, Handelsstreitigkeiten zu lösen. In der ursprünglichen Form ist sie vermutlich so alt wie der Handel selbst. Potentiell enthält jeder Handel Streitpunkte, allgemein wird daher angenom-

men, dass mit zunehmender Handelstätigkeit ebenso die Branche der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit wächst. Im internationalen Handelsverkehr suchen die Parteien ein vertrautes, verlässliches und durchsetzbares Streitbeilegungssystem. Das ausländische staatliche Gericht kann für die Parteien aufgrund ihrer Unvertrautheit mit den ausländischen Gerichtsverfahren, dem anzuwendenden Recht und der Mentalität des Gerichts ein sehr fremdes und auch unakzeptables sein. Im Rahmen eines Schiedsgerichtsverfahrens vermeiden die Parteien die Eigenwilligkeiten der staatlichen Gerichtsbarkeit und vereinbaren für beide Parteien akzeptable grundlegende Elemente für das Verfahren.

Im Rahmen des Kooperationsnetzwerkes *Recht im Ostseeraum – Law in the Baltic Sea Area* fand im Juli 2003 an der Universität in Kiel die Konferenz zum Thema „Alternative Streitbeilegung im Ostseeraum“ statt. Der dazugehörige Tagungsband *Schiedsgerichtsbarkeit und andere Formen alternativer Streitbeilegung – Erfahrungen und Tendenzen im Ostseeraum* erschien 2006 und knüpft thematisch an

die ebenfalls im Rahmen des Kooperationsnetzwerkes im Jahr zuvor durchgeführte Konferenz *Rechts- und Amtshilfe im Ostseeraum – Judicial and Administrative Assistance in the Baltic Sea Area* an. Der Band enthält Konferenzbeiträge, die aus verschiedenen Blickwinkeln die Schiedsgerichtsbarkeit und Mediation für das Zivilrecht, das öffentliche Recht und das Strafrecht darstellen.

Für den Bereich des Zivilrechts werden neben einem allgemeinen Überblick der Schiedsgerichtsbarkeit und Schlichtung im Ostseeraum (Trunk) sowohl die rechtlichen Grundlagen der Schiedsgerichtsbarkeit in Russland (Boguslavskij und Lissitsyn-Svetlanov) und in Dänemark (Lindencrone Petersen) als auch die einzelnen Problemkreise im Hinblick auf die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche in Russland (Karabelnikov) und in Schweden (Söderlund) dargestellt. Die Grundlage für die Rechtseinheitlichkeit in der internationalen Handelsschiedsgerichtsbarkeit bietet das UNCITRAL-Modellgesetz. Mit diesem Modellgesetz wird den nationalen Gesetzgebern ein geschlossenes Regelwerk an die Hand gegeben, welches unproblematisch in nationales Recht übernommen werden kann. Im Ostseeraum haben einige Länder dieses Modellgesetz weitgehend wortgetreu übernommen, andere haben es mehr oder weniger als Inspirati-

onsquelle genutzt. Neben einem verlässlichen suchen die am Streit beteiligten Parteien auch ein durchsetzbares Streitbeilegungssystem, denn die Fragen der Anerkennung und Vollstreckung eines ausländischen Schiedsspruchs sind für die Parteien von besonderer Bedeutung. Ein Schiedsspruch allein ist noch nicht befriedigend. Der klagenden Partei nützt es sehr wenig, wenn der Schiedsspruch in dem Land, in dem die Anerkennung und Vollstreckung nachgesucht wird, nicht anerkannt oder vollstreckt wird. In diesen Fällen ist der Schiedsspruch nicht mehr wert als das Papier, auf dem er steht. Der (hohe) Kosten- und Zeitaufwand eines Schiedsgerichtsverfahrens lässt sich nur dann rechtfertigen, wenn der Schiedsspruch mit einer gewissen Verlässlichkeit auch durchgesetzt werden kann. Im Ostseeraum ist die Rechtssicherheit auf Grundlage des New Yorker Übereinkommens über die Anerkennung und Vollstreckung ausländischer Schiedssprüche von 1958 weitgehend hergestellt, denn alle Ostseeanrainer haben dieses Übereinkommen ratifiziert. Aber auch hierbei ist die Frage der Rechtssicherheit nicht nur eine Frage der tatsächlich bestehenden Regelungen, sondern, wie Karabelnikov in seinem Beitrag anschaulich darstellt, auch die der Rechtsanwendung durch die Richter.

Einen Sonderbereich der Schiedsgerichtsbarkeit enthält der Beitrag über die

elektronischen Schiedsgerichte (Freise). Neben einem kurzen Überblick und der Darstellung des Berliner Projekts *Internationales Online Schiedsgericht* werden einzelne Problemstellungen wie der Datenschutz und Formfragen der „Online Schiedsgerichtsbarkeit“ beleuchtet.

Ein weiterer Teil enthält Beiträge zur Mediation in Schleswig-Holstein (Weinberg) und in Russland (Jarkov). In Schleswig-Holstein hat bei Gericht und Behörden ein Umdenkprozess begonnen; Mediation ist dort in aller Munde. Nachdem die Justiz in Niedersachsen erfolgreich ihr Projekt „gerichtsnahe“ Mediation abgeschlossen hat, hat sich die ordentliche Gerichtsbarkeit der schleswig-holsteinischen Justiz entschlossen, am Oberlandesgericht Schleswig, an den Landgerichten Flensburg, Itzehoe, Kiel und Lübeck sowie an einzelnen Amtsgerichten die gerichtliche Mediation einzuführen. In Russland ist diese Form der alternativen Streitbeilegung wenig verbreitet und findet sich auch nur sehr vereinzelt in der Rechtsprechung und in den Rechtsgrundlagen wieder.

Der zweite Teil des Tagungsbandes widmet sich der Schiedsgerichtsbarkeit und

Mediation im öffentlichen Recht und Strafrecht. Neben der Darstellung der Sportschiedsgerichtsbarkeit (Nolte), die aufgrund der Verrechtlichung des Sports immer mehr an Bedeutung zunimmt, berichtet Wilke über die ersten Erfahrungen der Richter Ortloff und Niewisch-Lennartz am Verwaltungsgericht in Berlin und Hannover mit der Mediation im Verwaltungsprozess. Für den Bereich des Strafrechts geben Nuutila, Hoyer und Baranskaitė einen Überblick zum außegerichtlichen Täter-Opfer-Ausgleich in Finnland, Deutschland und Litauen. Hoyer führt dabei kurz in die Reform des deutschen Sanktionsrechts ein und berichtet u. a. von zwei mutigen und phantasievollen Diversionsprojekten für jugendliche Straftäter in Schleswig-Holstein und in Bayern.

Der Tagungsband gibt einen cursorischen und punktuellen Überblick zu alternativen Formen der Streitbeilegung, wobei mit Blick auf den Untertitel des Tagungsbandes und des Konferenzthemas der Bezug zum Ostseeraum mit den Beiträgen zu elektronischen Schiedsgerichten und zur Sportgerichtsbarkeit nicht ganz klar wird.

*Petra Zobel (Kiel)*